ASIEN 24.03.2022 | Kern Hendricks

Aus den Augen, aus dem Sinn

Im Schatten des Kriegs in der Ukraine droht in Afghanistan eine humanitäre Katastrophe. Das Land ist auf internationale Hilfe angewiesen.

Als US-Präsident Joe Biden am 2. März seine Rede zur Lage der Nation hielt, richtete sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit verständlicherweise auf das Thema Ukraine. Biden geriet über die außen- und innenpolitischen Erfolge seiner Regierung ins Schwärmen und betonte die laufende Unterstützung der Amerikaner für die ukrainische Bevölkerung. Dabei fiel auf, dass eine andere Krise in seiner Ansprache eklatant fehlte: das Ende des zwei Jahrzehnte andauernden Krieges, den Amerika in Afghanistan führte, und die dadurch entstandene humanitäre Katastrophe.

Dass Biden sich zu Afghanistan ausschwieg, war keine Überraschung. Denn der amerikanische Rückzug im August 2021 war ein Image-Desaster. Bidens Schweigen enthielt eine klare Botschaft: Die USA und weite Teile der internationalen Gemeinschaft haben Afghanistan vergessen. Für einen kurzen Moment hielten die Bilder aus Afghanistan die Welt in Atem. Von Menschen, die aus den Fahrwerkschächten startender Flugzeuge fielen. Von Eltern, die ihre Säuglinge über den Stacheldrahtzaun am Kabuler Flughafen reichten. Doch mit dem Einzug der Taliban in Kabul begann für viele internationale Beobachter die „Story“ schon in den Hintergrund zu treten.

Bidens Schweigen zu Afghanistan ist keine Überraschung. Der amerikanische Rückzug im August 2021 war ein Image-Desaster.

Afghanistans ohnehin schwächelnde Wirtschaft befindet sich seither im freien Fall. Die Inflation erreichte neue Höchststände, und im ganzen Land drängelten die Menschen sich in den größeren Städten an den Geldautomaten, um ihre Ersparnisse abzuheben. Die Automaten waren bald leer, Banküberweisungen wurden streng begrenzt oder ganz ausgesetzt. Nur wenige hatten das Glück, nach tage- oder wochenlangem Schlangestehen immerhin einen kleinen Bruchteil ihres Ersparten ausgezahlt zu bekommen. Die Arbeitslosigkeit stieg ebenso

sprunghaft an wie die Lebenshaltungskosten, sodass selbst große Mehrgenerationenfamilien an ihre Belastungsgrenze gerieten.

Als am 15. August die Taliban in Kabul einrückten, fror die *US Federal Reserve* Vermögenswerte der afghanischen Zentralbank im Wert von sieben Milliarden Dollar ein. Damit sollten diese Gelder dem direkten Zugriff der Taliban entzogen werden. Aber das Ergebnis war, dass tausende afghanischer Familien und Unternehmer um ihre Ersparnisse gebracht wurden. Im Februar kündigte Präsident Biden an, die Hälfte der eingefrorenen sieben Milliarden US-Dollar für die Deckung von Milliardenforderungen zu nutzen, die Familien von Opfern des 11. September 2001 an die Taliban stellen. Dies sorgte für große Empörung – sogar bei Familien, denen die angekündigte Maßnahme zugutekommen soll. Die US-Regierung hat bis heute nicht klar gesagt, wie das restliche Geld verwendet werden soll – obwohl die Mittel vor Ort dringend benötigt werden.

Die internationale Gemeinschaft hängt in der Luft und überlegt, wie sie den notleidenden Afghanen Geld und Hilfsgüter zukommen lassen kann, ohne dass beides direkt in die Hände der afghanischen Regierung gerät.

Die internationale Gemeinschaft hängt unterdessen in der Luft und überlegt, wie sie den notleidenden Afghanen Geld und Hilfsgüter zukommen lassen kann, ohne dass beides direkt in die Hände der afghanischen Regierung gerät. Organisationen wie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sind dazu übergegangen, die Gehälter von Ärzten und Gesundheitspersonal direkt zu bezahlen, damit Krankenhäuser und Kliniken den Betrieb aufrechterhalten können. Auch erließen die USA eine Reihe von *General Licences*, die gewährleisten sollen, dass Transaktionen und Aktivitäten, die erforderlich sind, um der afghanischen Bevölkerung Hilfe zukommen zu lassen und elementare humanitäre Bedürfnisse zu erfüllen, nicht durch US-Sanktionen verhindert oder blockiert werden. Dies verschafft amerikanischen Unternehmen und Organisationen deutlich größere Spielräume, einen Beitrag zur afghanischen Wirtschaft zu leisten und mit ihr zu interagieren, hilft aber Afghanistans dysfunktionalem heimischen Bankensektor nicht aus seiner Not.

Trotz der dramatischen Wirtschaftskrise wirkt das Leben in der Hauptstadt derzeit trügerisch normal. Im ältesten Basar der Stadt

herrscht Gedränge wie eh und je. Unweit der Kabuler Universität schlängeln sich junge Frauen in Gruppen plaudernd durch das Taxi- und Motorradgedränge auf den Straßen. Kinder mogeln sich wie immer zwischen den Autos hindurch, die im Feierabendstau stehen, und verkaufen den gelangweilten Fahrern Kugelschreiber und Kaugummi. Verkehrspolizisten lotsen mit lustloser Miene die Autos über verstopfte Kreuzungen, Eisverkäufer schieben ihre Wagen über den Bürgersteig. Es ist nicht gerade das Straßenbild, das die meisten erwarten würden.

Trotz der dramatischen Wirtschaftskrise wirkt das Leben in der Hauptstadt derzeit trügerisch normal.

Einige besonders einschneidende Restriktionen, mit denen die Menschen seitens der Taliban gerechnet haben, sind bislang ausgeblieben. In vielen Restaurants läuft nach wie vor Musik. In Kabul gehen Frauen ohne Burka und männliche Aufpasser auf die Straße, und viele Männer sind nach wie vor glattrasiert — auch wenn die Zahl der Stoppelbärte sichtlich zugenommen hat. Frauen besuchen — nach Geschlechtern getrennte — Seminare an der Universität. Werden diese Entwicklungen andauern? Sind verschärfte Einschränkungen nur eine Frage der Zeit? Manche rechnen fest mit strengeren Restriktionen, andere sind vorsichtig optimistisch.

Einen Rückschlag, der international Beachtung fand, gab es Ende März. Seit ihrer Machtübernahme vor sieben Monaten hatten die Taliban wiederholt erklärt, dass alle Mädchen zu Beginn des neuen Schuljahres wieder zum Unterricht zugelassen würden. Voller Hoffnung und Aufregung gingen am Morgen des 23. März tausende Mädchen im Teenageralter in ihre Schulen, um wieder den Unterricht aufzunehmen. Dort wurden die Mädchen der Klassen 7 bis 12 von bewaffneten Taliban-Kämpfern empfangen und aufgefordert, nach Hause zu gehen. In vielen Schulen herrschte Verwirrung. Die Betroffenen kämpften damit, sich des gebrochenen Versprechens der Taliban und seinen Folgen bewusst zu werden. Viele Schülerinnen und Lehrkräfte weinten, als sie von Journalisten interviewt wurden. Später am Tag gab das Bildungsministerium bekannt, dass die Mädchenschulen der Klassen 7 bis 12 bis auf weiteres geschlossen bleiben würden. Vage wurde auf Uniformen und „technische Probleme“ verwiesen. Aber eine sinnvolle Begründung blieb nach sieben Monaten anderslautender Versprechungen aus.

Frauenrechtlerinnen werden ohne Angabe von

Dass für Frauen die Aussichten trotz des einen oder anderen kleinen Zugeständnisses alles

Gründen weggesperrt. Einige sind spurlos verschwunden.

andere als rosig sind, war auch zuvor schon klar. Frauenrechtlerinnen werden ohne Angabe von Gründen weggesperrt. Einige sind spurlos verschwunden. In größeren Städten wie Kabul und Masar-e Scharif nehmen manche Frauen wieder am öffentlichen Leben teil. Andere bleiben lieber zu Hause, weil sie Angst haben, dass die Taliban schnell eine andere Gangart einlegen könnten.

Die Sicherheitslage hat sich im ganzen Land zweifellos verbessert. Weite Teile des Straßennetzes, die noch vor sieben Monaten wegen der Kämpfe und Sprengfallen unpassierbar waren, sind inzwischen wieder befahrbar. Manches deutet jedoch darauf hin, dass es mit der Atempause von der Gewalt vielleicht schon bald wieder vorbei sein könnte. Wenn es den Taliban nicht gelingt, ihre Kämpfer in Lohn und Brot zu bringen, besteht die Gefahr, dass diese zu anderen Konfliktparteien überlaufen, die tiefer in die Tasche greifen – etwa zum afghanischen IS-Ableger ISKP (Islamischer Staat Provinz Khorasan). Dieser bekannt sich in den vergangenen sieben Monaten zu zahlreichen Anschlägen in den ostafghanischen Provinzen Nangarhar und Kunar, unter anderem zu Angriffen gegen Einheiten der Taliban.

Laut einer Studie der Vereinten Nationen könnten Ende 2022 unglaubliche 97 Prozent aller Afghanen in Armut leben.

In der ersten Märzwoche starteten die Sicherheitskräfte der Taliban eine Razzienoffensive ungekannten Ausmaßes und durchsuchten in Kabul und mehreren Provinzhauptstädten Haus für Haus. Dabei nahmen sie sich systematisch ein Stadtviertel nach dem anderen vor, während in den sozialen Netzwerken Panik um sich griff. Viele Razzien verliefen freundlich und oberflächlich, bei anderen kam es zu Gewalt. Eigentlich wurde bei den Durchsuchungen nach privaten Waffen gefahndet, die in kriminelle Hände gelangen könnten. Aber zugleich demonstrierte die Regierung mit den Razzien, dass sie auf Privatsphäre und Eigentumsrechte im Zweifel wenig Rücksicht nimmt.

Die Pressefreiheit, die in den vergangenen zwanzig Jahren von kompetenten und hartnäckigen afghanischen Journalistinnen und Journalisten erkämpft wurde, wurde kassiert. Manche von ihnen wurden inhaftiert, andere gefoltert. Die meisten landesweiten Rundfunkanstalten senden zwar weiter, aber offene Kritik an der amtierenden Regierung ist

aus den einheimischen Medien weitgehend verschwunden.

Rund 75 Prozent der afghanischen Bevölkerung leben fernab der Städte in ländlichen Gebieten. In diesen Regionen, in denen während der vergangenen zwei Jahrzehnte permanent gekämpft wurde, ist Frieden eine willkommene Abwechslung. Die afghanische Landbevölkerung ist jedoch dringend auf Lebensmittel, Bargeld und andere elementare Hilfe angewiesen. Hunger kann, auch wenn nicht mehr gekämpft wird, ebenso tödlich sein wie Patronen und Minen. Laut einer Studie der Vereinten Nationen, die im Dezember 2021 veröffentlicht wurde, könnte Ende 2022 unglaubliche 97 Prozent aller Afghanen in Armut leben. Im Januar warnten die Vereinten Nationen, dass 23 Millionen Menschen unter extremer Ernährungsunsicherheit leiden — das ist mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Die Taliban werden die Macht in Afghanistan auf absehbare Zeit behalten.

Klar ist, dass die Taliban die Macht in Afghanistan auf absehbare Zeit behalten werden — sofern es nicht zu einer weiteren blutigen Militärintervention kommt. Klar ist auch, dass die Situation alles andere als ideal ist, insbesondere für Frauen und all jene, die ihr Land auf einen demokratischen, inklusiven und liberaleren Kurs bringen wollen. Wie die Taliban Frauen und ethnische Minderheiten behandeln, schreit in vielen Fällen zum Himmel. Andererseits ist die Situation aber auch nicht so infernalisch düster, wie manch einer dem Rest der Welt weismachen will.

Der Realität ins Auge zu blicken, mag einigen ein Gefühl der moralischen Überlegenheit vermitteln. Diejenigen, die im Umgang mit den Taliban einen Alles-oder-nichts-Ansatz fordern, gehören allerdings selten zu jenen, die vor Ort den Preis dafür bezahlen. Viele Afghanen machen bereits Fortschritte. Aber sie können nicht vorankommen, wenn sich der Rest der Welt abwendet.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Kern Hendricks
Kabul

Kern Hendricks ist Fotojournalist, der sich mit Fragen sozialer Umbrüche und den langfristigen Auswirkungen von Konflikten befasst. Seit 2017 lebt er in Kabul, Afghanistan.